

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats
3003 Bern

Per Mail: familienfragen@bsv.admin.ch

Bern, 19.12.25

23.406 n Pa. Iv. Jost. Starke Familien durch angepasste Zulagen Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Umsetzung der genannten parlamentarischen Initiative Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung. Die Stellungnahme des Städteverbands basiert auf der Einschätzung der Städteinitiative Sozialpolitik.

Der Städteverband unterstützt die Vorlage vollumfänglich. Die Erhöhung der Familienzulagen ist sozialpolitisch angezeigt, ökonomisch vertretbar und gesellschaftspolitisch wirksam. Sie trägt in relevanter Weise dazu bei, die Kaufkraft von Familien in der Schweiz unter den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu stabilisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Wir begrüßen die Erhöhung der bundesrechtlichen Mindestansätze auf 250 Franken für Kinderzulagen und 300 Franken für Ausbildungszulagen ausdrücklich. In den vergangenen Jahren haben die anhaltende Teuerung, markant steigende Krankenkassenprämien sowie höhere Energie- und Wohnkosten die Haushaltsbudgets vieler Familien spürbar belastet. Die vorgeschlagene Anpassung ist geeignet, den realen Kaufkraftverlust zu dämpfen und die soziale Sicherheit von Familienhaushalten wirksam zu stützen.

In städtischen Räumen treten die beschriebenen Belastungen in besonderer Deutlichkeit hervor. Trotz Erwerbstätigkeit geraten zahlreiche Haushalte an ihre finanziellen Grenzen, worauf die Caritas seit Jahren hinweist: «In der Schweiz haben Haushalte mit Kindern wesentlich häufiger mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen als vergleichbare Haushalte ohne Kinder (Hintergrundpapier zur Familienarmut, Caritas-Woche 2025). Die Anhebung der Familienzulagen entfaltet vor diesem Hintergrund eine präventive Wirkung: Sie stabilisiert die familiären Budgets, reduziert das Risiko sozialer Notlagen und wirkt mittelbar entlastend auf die kommunalen Sozial- und Unterstützungsbudgets. Besonders profitieren Alleinerziehende sowie Haushalte mit mehreren Kindern.

Die vorgeschlagene Anpassung fügt sich in die bestehende Architektur der Familienzulagen ein, ohne zusätzliche Komplexität zu erzeugen. Aufgrund der etablierten Strukturen ist von einer unkomplizierten Umsetzung mit verhältnismässig geringem administrativem Mehraufwand auszugehen. Damit handelt es sich um eine sozial wirksame, unbürokratische Massnahme mit direktem Nutzen für die betroffenen Familien.



Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Hanspeter Hilfiker
Stadtpräsident Aarau

Direktorin

Monika Litscher

Kopie: Schweizerischer Gemeindeverband